



## Aktionstag „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“ am 13. April in Suhl

## Der 1. Mai in Suhl



Liebe Leserinnen und Leser,

in der guten Tradition des Internationalen Arbeiterkampftages ruft DIE LINKE. Suhl dazu auf, sich an diesem Tag für gute Arbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, einen existenzsichernden, flächendeckenden und gesetzlichen Mindestlohn einzusetzen.

Um 09.30 Uhr treffen sich Genoss/innen und Sympathisant/innen am Waffenschmied auf dem Suhler Marktplatz zur Eröffnungskundgebung. Danach nehmen wir gemeinsam an der Maifeier des DGB auf dem Unteren Markt teil und unterstützen unseren Direktkandidaten für den Bundestag, Jens Petermann, im Rahmen einer Podiumsdiskussion.

Ab 12.00 Uhr lädt der Stadtvorstand alle Interessierten zur Geschäftsstelle der Partei in der Rösenstraße zu Bratwurst, Wein und Bier ein. Wir freuen uns auf alle Mitglieder und Gäste.

– DER STADTVORSTAND DIE LINKE –

### Weise, weise

*Er hat den nicht gerade seltenen Namen Schmidt. Aber im Unterschied zu meinem Nachbarn ist er Chef der sogenannten Wirtschaftsweisen. Und weise muss auch alles sein, was er von sich gibt. So liegt es – nach Schmidt – nur an Alleinerziehenden, arbeitslosen Partnern und ihren vielen Kindern, dass viele nicht von ihrem Lohn leben können. Es liegt also nicht an den niedrigen Löhnen im Lande. Früher – schrieb dieser Tage eine Zeitung – sei der „Ernährer“ allein zur Arbeit gegangen, die Frau kümmerte sich indessen um Kinder und Zuhause, und das Geld des Verdieners reichte für ein Leben der ganzen Familie. Heute öffnet sich die Schere zwischen Lohn und Lebenshaltungskosten immer weiter, aber der weise Herr Schmidt hält einen Mindestlohn für einen Arbeitsplatzvernichter. Er sei unwirtschaftlich. Arbeitsplätze rechnen sich ja wohl noch immer durch Produktivität, Qualität und solche Faktoren. Nur für Konzernmanager und Steuerschieber tragen sich die Betriebe offenbar trotzdem. Vielleicht hätte die BRD doch lieber einen der drei Weisen aus dem Morgenland holen sollen.*

– OLD LONG –

Am 13. April versammelten sich Mitglieder des Suhler Stadtverbandes DIE LINKE und Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zur aktiven Unterstützung des Aufrufs zahlreicher Verbände und Nichtregierungsorganisationen für eine faire Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums in Deutschland und Europa. Imitierte Geldsäcke wechselten ihren Platz von den Vermögen der Reichen und Superreichen auf die Seite der öffentlichen Hand für mehr Bildung, für eine bessere Alten- und Gesundheitspflege, für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen, für Wohnungsbau und Stadtumgestaltung, für die sozialökologische Umgestaltung der Gesellschaft und eine beschleunigte Energiewende sowie für die Förderung kultureller Vielfalt. Um dauerhaft bedeutende Finanzmittel für die öffentlichen Aufgaben aufzubringen und der sozialen Ungleichheit unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, hat DIE LINKE ein durchgerechnetes Programm, mit dem sie den vorhandenen Reichtum konsequent von oben nach unten verteilen will.

An einem Informationsstand begann die Linke an diesem Tag mit einer Unterschriftensammlung unter dem Motto „UmFAIRteilen – Reichtum besteuern“.

–TEXT UND FOTO: KHW –



## Soziales Engagement ist für das DRK in Suhl wichtig

Ina besuchte Einrichtungen des DRK in Suhl und verteilte zwar keinen Reichtum, aber hochwertige Kleidung



„Mit dem ‘Stöber-Eck’ wollen wir auch für diejenigen, die über einen kleinen Geldbeutel verfügen, preiswert relativ hochwertige Waren anbieten“, so der Geschäftsführer des Kreisverbandes Suhl, Jürgen Arfmann. Darin und in dem angenehmen Ambiente in zentraler Lage unterscheidet sich diese Einrichtung von den Kleiderkammern, die auch zum Kreisverband gehören. Um die Kosten stemmen zu können, arbeiten hier nicht nur Festangestellte, sondern auch ehrenamtliche Mitarbeiter. Ina übergab der Einrichtung verschiedene Kleidungsstücke als Spende, die sie als Weiterführung der Aktion „UmFairteilen“ beschrieb. „Einrichtungen wie diese sind wichtig und ich will zeigen, wie notwendig gelebte Solidarität ist“, so die Landtagsabgeordnete.

Günstig findet sie auch, dass gleich nebenan das Service Center des DRK seinen Sitz als zentraler Anlaufpunkt in Sachen Pflege und Pflegebedürftigkeit hat, wo die Menschen umfänglich beraten werden.

Aber das ist noch nicht alles, was das DRK in den neuen Räumlichkeiten zu bieten hat. Nach umfangreichen Umbaumaßnahmen gibt es nunmehr in der Pfarrstrasse auch eine Tagespflege und einige Intensivpflegeplätze. Und wer möchte, kann sich in einer der 20 neu entstandenen Wohnungen am Marienstiege einmieten. „Servicewohnen“ heißt dieses Programm des DRK. Die Bewohner können in den eigenen vier Wänden ein selbstständiges und unabhängiges Leben führen, die Wohnungen sind barrierefrei und behindertenfreundlich eingerichtet.

„Ich finde es gut, dass das DRK mit diesen Maßnahmen den Menschen nicht nur neue Angebote macht, sondern auch zur weiteren Stärkung der Innenstadt beiträgt“, so das Fazit von Ina nach dem äußerst interessanten Besuch.

– ILONA BURANDT –

## Jagd frei!

Die Chefs der Arbeitsagentur haben offenbar so ein komisches Gefühl im Bauch, dass die von ihnen kommandierte Armee der Hartz IV-Bezieher zu oft krank „macht“, aber nicht krank „ist“, obwohl der Zustand, in dem die Leute leben, erwiesenermaßen krank machen kann. Also wird „Jagd frei!“ signalisiert. Die Ärzte, die Krankschreibungen oder Atteste ausstellen, kriegen dabei auch gleich noch eine Watsche ab. Und der Medizinische Dienst soll Hausrazzien veranstalten, um den Hartz IV-lern auf den Zahn zu fühlen. Sanktionen gegen Arbeitslose können ja auch ohne viel Aufhebens ausgedehnt werden, ganz im Gegensatz zu Sanktionen gegen solche, die der öffentlichen Hand in Steuerparadiesen Millionen EURO hinterziehen.

Was wäre nun eigentlich, wenn die von den Maßnahmen der Arbeitsagenturen Betroffenen auch so komische Gefühle im Bauch hätten – z.B. bei falschen Bescheiden, angebotenen Dumpinglohn-Arbeitsstellen, ungerechtfertigten Sanktionen oder – sagen wir mal – „phantasievollen“ Umschulungs- oder Weiterbildungsaufträgen. Und was, wenn die Hartz IV-Bezieher auch zur Jagd auf solchen Blödsinn aufrufen? Das rangierte dann gewiss als ein unverschämter Angriff auf die Staatsgewalt...

– OLD LONG / S.O. –

**Suhler ANDERE Zeitung.** Monatsumschau für Links- und Querdenker, Mitteilungsblatt der Partei DIE LINKE. Suhl, erscheint monatlich im Selbstverlag, **Preis:** eine Spende

**Herausgeber:** DIE LINKE. Stadtvorstand Suhl, Rüssenstraße 19, 98527 Suhl,

**Tel./Fax:** 03681/308158; [www.die-linke-suhl.de](http://www.die-linke-suhl.de)

**e-Mail:** [rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de](mailto:rgeschaeftsstelle@die-linke-suhl.de)

**Kto-Nr.:** 170500 7151; **BLZ:** 840 500 00 Rhön-Rennsteig-Sparkasse Suhl.

**V.i.S.P.:** Dr. K. Walther, Würzburger Straße 48 98529 Suhl

Alle Autoren arbeiten ohne Honorar. Einzelne Beiträge müssen nicht in jedem Falle mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen

**Redaktionsschluss** unserer Juni-Ausgabe 2013 ist am 23.05.2013.



Arabischer Frühling

**Die SAZ nach dem Lesen bitte weitergeben!**

## LIVE AUS DEM LANDTAG

Aus der Arbeit unserer  
Landtagsabgeordneten  
Ina Leukefeld



# Zur Thüringer Verwaltungs- und Gebietsreform

Wenig Neues auf einer Regionalkonferenz der LINKEN in Walldorf

Die Thüringer LINKEN hatten eine Reihe von Regionalkonferenzen organisiert, um über die Vorstellungen der Partei zur Verwaltungs- und Gebietsreform zu diskutieren. Die gegenwärtige Situation zu dieser Frage ist in der Tat etwas mehr als verwirrend. Während die CDU als eine der Regierungsparteien am liebsten alles so lassen möchte, wie es zur Zeit ist und ganz auf freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden setzt, sorgt die SPD in Gestalt ihres Wirtschaftsministers in den Medien mit dem Vorschlag eines Städtebundes zwischen den Städten Erfurt, Weimar und Jena entlang der A 4 für Aufsehen. Das wichtigste an diesem unzeitgemäßen Vorschlag scheint tatsächlich das Aufsehen in den Medien zu sein. Die größte Gefahr an diesem ständigen Hin und Her innerhalb der Koalitionsregierung besteht zweifellos darin, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre zur Zeit noch vorhandene Zustimmung zu einer Gebietsreform kündigen. Wie Frank Kuschel auf der Regionalkonferenz informierte, plädiert DIE LINKE deshalb noch in diesem Jahr für ein sogenanntes Vorschaltgesetz, damit noch in dieser Legislaturperiode Voraussetzungen für eine Fortset-

zung des Reformprozesses nach den nächsten Landtagswahlen geschaffen werden.

Mit einer vergleichbaren Übersicht erläuterten Frank Kuschel und Rechtsanwalt Michael Menzel Unterschiede zwischen den Auffassungen der Linken und der Regierung. Beide gingen dabei kaum über das schon Bekannte hinaus. Rechtsanwalt Menzel beschränkte sich auf das Vorlesen der vorbereiteten PowerPoint-Präsentation und Frank Kuschel gab Erläuterungen dazu.

Ein der Klärung harrendes Problem ist das des Verhältnisses zwischen den Städten und den ländlichen Regionen. Vertreter beider Bereiche brachten die Notwendigkeit zur Förderung traditioneller Besonderheiten von Städten und ländlichen Gemeinden zum Ausdruck. Die Zukunft kann nur in einer Zusammenarbeit zum Nutzen beider Seiten liegen. Was die Unterstützung von Städteverbänden betrifft, so machte die Diskussion deutlich, dass sie durch die gegenwärtige Rechtslage nicht möglich sind. Allerdings ist bei den Regierenden auch kein politischer Wille zur Veränderung der gesetzlichen Lage erkennbar.

– KAWA –

## Genossenschaften bleiben Thema

Die Linksfraktion hält Genossenschaften für einen wichtigen Baustein hin zu einer solidarischen Ökonomie und zur Wirtschaftsdemokratie. Darauf verweisen die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion, Ina Leukefeld, und die Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung, Dr. Johanna Scheringer-Wright. Es fehlen aus Sicht der Fachpolitikerinnen aber die Rahmenbedingungen, damit Menschen gemeinschaftlich und mit gleichen Rechten eine Unternehmensidee oder Lebensidee auf Genossenschaftsbasis umsetzen können. Dies sei in Gesprächen mit Genossenschaftsverbänden immer wieder betont worden.

Aus einer Landtagsdebatte im April sei deutlich geworden, dass in Thüringen der Anteil der Genossenschaften an den Unternehmen bei insgesamt nur 0,5 Prozent liege. Auch Neugründungen seien gegenwärtig eher spärlich, obwohl sich im Bereich der bürgerschaftlichen Energiegewinnung inzwischen erfreulicherweise etwas bewege, erklären Leukefeld und Scheringer-Wright.

Daran zeige sich, so die Abgeordneten weiter, dass es immer noch an einem wirtschaftspolitischen Klima pro Genossenschaft und an speziellen Fördermechanismen fehle. Auch die Kreditaufnahme von Genossenschaften sei im Vergleich zu Kapitalgesellschaften immer noch erschwert. Hier müsse dringend angesetzt werden.

Die Linksfraktion habe in ihrem Antrag gute Vorschläge unterbreitet. Dazu gehöre eine spezielle Förderrichtlinie sowie ein Kompetenzzentrum „Genossenschaften“, so die beiden Politikerinnen abschließend. Der Antrag sei vom Landtag einstimmig zur Weiterberatung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen worden.

– INA LEUKEFELD UND  
JOHANNA SCHERINGER-WRIGHT –



### Bei anderen gelesen:

„Im angesehenen Lafayette College in Pennsylvania erlebte ich staunende Studenten bei einem Vortrag von Elinor Ostrom. Sie hatte im Jahre 2009 als erste Frau den Nobelpreis für Wirtschaft bekommen. Ihre weltweite Analyse hat ergeben, dass gemeinschaftlich genutztes Eigentum lokaler Kooperationen effektiver verwaltet werden kann als privates oder staatliches Eigentum.“ (Daniela Dahn: „Wir sind der Staat!“)

# Sport im Schatten finanzschwacher Kommunen

Veranstaltung MdB Jens Petermann (DIE LINKE) in Zella-Mehlis

„Sport und Kommunalpolitik“ – unter diesem Motto lud das Kommunalpolitische Forum Thüringen e.V. (KOPOFOR) am 9. März zur Bildungs- und Diskussionsveranstaltung ins Südthüringische Zella-Mehlis ein. Moderator der Tagung war der direkt gewählte Bundestagsabgeordnete Jens Petermann, der sowohl als Mitglied im Sportausschuss des Deutschen Bundestages als auch als Kreistagsmitglied im Ilm-Kreis und Mitglied im Arnstädter Stadtrat die Geschichte der Sportpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene umfassend einzuschätzen weiß. Heidrun Sedlacik, Vorsitzende des KOPOFOR, begrüßte die Tagungsteilnehmer und betonte, dass der Wunsch nach einer Veranstaltung zur kommunalen Sportförderung schon mehrmals an sie herangetragen wurde.

Dirk Bradschettl, Geschäftsführer des Vereins zur Förderung der Meininger Sportstätten und Sportangelegenheiten e.V. (SSFV), referierte eingangs über die Entwicklung, Aufgaben und Ziele seines Vereins. Seit 2008 ist der SSFV verantwortlich für die Sportstätten der Stadt Meiningen und löste das klassische Sportamt ab. Als Dachorganisation für 28 Meininger Sportvereine mit mehr als 4500 Sportlerinnen und Sportlern vertritt der SSFV seine Mitgliedsvereine gegenüber der Stadt sowie anderen Behörden und Institutionen. Primäres Ziel ist die Förderung des Kinder- und Jugendsports, insbesondere der Gewinnung junger Menschen für den Sport. Dass sich die Arbeit der Meininger Sportfreundinnen und Sportfreunde lohnt, bestätigte der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und zeichnete die Meininger Ende letzten Jahres in Berlin aus: Meiningen gewann den bundesweiten Städtewettbewerb „Mission Olympic“ und sicherte sich den Titel „Deutschlands aktivste Stadt 2012“.

In der anschließenden Diskussionsrunde erörterten die Teilnehmer Vor- und Nachteile verschiedener Rechtsformen kommunaler Sportbetriebe.

Konträr zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung skizzierte Petermann die parlamentarischen Initiativen der Linksfraktion im Deutschen Bundestag. Durch ein Sportförderungsgesetz auf Bundesebene könne man die Sportförderung auf eine höhere

parlamentarische Ebene heben und den Sport als Staatsziel im Grundgesetz festschreiben. Daraus ergäbe sich auch mehr Handlungsspielraum für die Förderung des Breitensports, die bisher bei den Kommunen als sogenannte „freiwillige Aufgabe“ ein Schattendasein fristet. Bundesweit gibt es einen Investitionsstau von über 40 Milliarden Euro bei der Sanierung von Sportstätten“, erläuterte der Sportpolitiker. Er schlägt ein „Konjunkturprogramm Sport“ vor, um die finanzielle Schieflage zu beheben. Im gleichen Atemzug verwies er auf die desolante Situation im Schulsport. Nur mit einer breiten Strukturdebatte Sport könne man hier gegensteuern. Darüber hinaus waren sich alle Diskutanten einig, dass es ohne das ehrenamtliche und freiwillige Engagement keinen Breitensport und auch keine Thüringer Weltmeister gäbe.

Mit der abschließenden Botschaft, dass Sport mehr leistet als gemeinhin anerkannt, und sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ausreichender ideeller und finanzieller Förderung bedarf, bedankte sich Heidrun Sedlacik bei allen Teilnehmenden.

– ILONA BURANDT –

## Arbeitsplätze in der Solarindustrie retten

Das drohende Aus von Bosch Solar in Arnstadt soll nach einem Vorschlag von Jens Petermann durch eine parteiübergreifende Initiative verhindert werden: Der Links-Politiker hat nach eigenen Angaben einen sogenannten Gruppenantrag an die anderen Thüringer Bundestagsabgeordneten verschickt. Mit dem Antrag solle die Bundesregierung aufgefordert werden, "nicht nur die Banken und den Euro, sondern auch die Arbeitsplätze in einer zukunftssträchtigen Industrie vor Ort zu retten", sagte Petermann. Er forderte einen "Schutzschirm für die Solarindustrie und die dort Beschäftigten". In Arnstadt sind 1800 Arbeitsplätze bedroht. Ungefähr noch einmal so viele Jobs könnten nach Angaben der IG Metall bei Zulieferern wegfallen.

## Wort zum Sonntag und Wochenausblick

Diese Aprilwoche war wieder sehr vielgestaltig. Neben den ohnehin ständig laufenden Planungen für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf, das geplante Programm nimmt Gestalt an und muss nun finanziell unteretzt werden, ist vor allem ein Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofes bemerkenswert. Es hat das Volksbegehren „Für gerechte und bezahlbare Kommunalabgaben“ für unzulässig und mit den Grenzen der Verfassung unvereinbar erklärt. Neben formellen Gründen wird sich die enge Grenzziehung bzgl. abgabenrechtlicher Regelungen negativ auf weitere Initiativen auswirken. Volksbegehren zu Themen, die sich auf die Erfassung, Aufhebung oder Änderung abgabenrechtlicher Regelungen beziehen, sind nach Ansicht der VerfassungsrichterInnen wegen des aus Art. 82 Abs.2 Thüringer Verfassung herausgelesenen Abgabenvorbehalts unzulässig – ein schwerer Schlag für alle, die sich für mehr direkte Demokratie einsetzen. Auswirkungen auf den Landeshaushalt sind praktisch bei Volksbegehren i.d.R. kaum auszuschließen.

Wichtigstes politisches Ereignis in dieser Woche war der 68. Jahrestag der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald. In einer sehr bewegenden Gedenkveranstaltung der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora erinnerten Zeitzeugen an die Ankunft sowjetischer Kriegs- und Zivilgefangener im KZ im Jahre 1943. Eindringlich wurde das Schicksal, das zahlreiche aus der Sowjetunion zur Zwangsarbeit nach Deutschland verschleppte Mädchen und Frauen jeden Alters erlitten, der menschenverachtende und demütigende Umgang mit ihnen durch die Wachmannschaften, geschildert. Viele starben nach einem unglaublichen Leidensweg im berüchtigten KZ Ravensbrück.

Mit eindringlichen Worten an die Nachgeborenen forderten die Teilnehmer in der „Erklärung von Buchenwald“ von der deutschen und europäischen Politik die Debatte um ein NPD-Verbotsverfahren und die Entstehung der rechtsextremistischen Terrorgruppe NSU.

Dazu wird demnächst Gelegenheit sein, denn die Blicke gehen dann nach München zum Prozess gegen die NSU-Unterstützer, aber auch nach Berlin, wo der NSU-Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages wieder zahlreiche Zeugen vernimmt, die während des Aufklärungsdesasters in verantwortungsvollen Positionen waren.

– JENS PETERMANN –

## Gabi Zimmer: Europa – wohin gehst Du?



Gabi Zimmer kommt regelmäßig zu Vorträgen und Gesprächen nach Suhl und war auch schon mehrmals Gast in der Koordinierungsgruppe Suhler Vereine und Verbände. Die Beschönigung der Situation in Europa war noch nie ihr Ding, dennoch hat sich der Stil ihrer Kritik geändert.

### Europa von Grund auf erneuern!

Bezeichnend ist die völlig konträre Reaktion auf Auszeichnung der Gemeinschaft mit dem Friedensnobelpreis. Nur noch die historischen Bedingungen aus der Zeit der Entstehung der EU unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges waren lange friedenserhaltend auf unserem Kontinent. Die in der Gegenwart aufgebrochenen wirtschaftlichen Differenzen seien dagegen eine neue Art von Krieg. Innerhalb der Gemeinschaft bilden sich Gruppen und lösen sich wieder auf, Versprechen werden abgegeben und nicht gehalten, wirtschaftliche Erpressungen sind an der Tagesordnung. Das Europäische Parlament wird ungenügend informiert, die Ratsmitglieder kennen häufig die Verträge nicht. Der geplante Ausgleich zwischen verschiedenen Ländern funktioniert nicht mehr. Demokratie ist auf eine „Demokratie der Märkte“ begrenzt. Privatisierungen von öffentlichen Einrichtungen werden durchgedrückt. Überall in Europa existiert eine Schere zwischen Arm und Reich. Ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger lebt in Armut. Die Pläne zur Bildung einer europäischen Wirtschaftsregierung

führen zu einer Dominanz der wirtschaftlich starken Länder. Damit wird aber die Einbindung der Bundesrepublik Deutschland in die Gemeinschaft nicht mehr funktionieren. Die Menschen ziehen sich mehr und mehr von Europa zurück. Das Fazit der Vorsitzenden der Fraktion der Linken: Das Projekt „Europa“ muss heute in Frage gestellt und neu erfunden werden.

### Die Solidarität der Völker stärken

Natürlich verfügen die in der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken / Nordische Grüne Linke mit Vertreterinnen und Vertretern aus 14 Parteien mit unterschiedlichem Profil und einem Anteil von 4,5 % an der Gesamtzahl der Abgeordneten nur über geringe Einflussmöglichkeiten. Neue Formen der Zusammenarbeit mit Abgeordneten anderer Fraktionen sind notwendig, um Grundwerte und Menschenrechte zu verteidigen. Das gehe, so Gabi Zimmer, nur über die Einigung auf Gemeinsamkeiten. Hier könne nicht die Partei eines Landes den Weg bestimmen, der zu gehen ist. Niemand habe die Wahrheit gepachtet. Das müsse auch in der Zusammenarbeit mit protestierenden Nichtregierungsorganisationen akzeptiert werden. Sie verweigern zwar eine Mitwirkung der Linken an Protesten nicht, rechnen sie aber sehr oft zu jenem System politischer Parteien, das von ihnen insgesamt abgelehnt wird.

Kritisch betrachtete Gabi Zimmer die Regierungsbeteiligung linker Parteien, die nach ihrer Auffassung bisher in der Regel zu Stimmenverlusten geführt hätten. In Zypern habe der kommunistische Präsident Dimitris Christofias das gescheiterte Finanzkonzept des Landes gefördert und Zyperns Linke habe die Finanztransaktionssteuer, eine Forderung der europäischen Linken, abgelehnt.

Das Resümee: Nichts in Europa ist heute einfach. Dringend nötig sei aber eine Stärkung der linken Parteien und der Solidarität der Völker.

Die nächste Veranstaltung der Koordinierungsgruppe Suhler Vereine und Verbände, werde sich, so die Mitteilung am Ende der Veranstaltung mit dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung befassen.

– KAWA –

## DIE LINKE und der „Fachkräftemangel“

*Die Klagen von Unternehmern und Politikern der östlichen Bundesländer über den spürbar gewordenen „Fachkräftemangel“ sind alltäglich. Eine Folge der demographische Entwicklung? Damit sollten sich linke Politiker nicht abfinden. Wir sollten darüber sprechen, welche Ursachen eigentlich den Fachkräftemangel hervorgerufen haben.*

*Aus unserer Sicht sind es vor allem drei:*

*Erstens: Äußerst schmerzhaft für Thüringen sind die Folgen der Behauptung, dass Lohndumping ein Standortvorteil unseres Landes sei. Im Gegenteil, das war und ist bis heute ein gewaltiger Nachteil. Da sich Menschen nicht in ihrer Geburtsregion festbinden lassen, gehen viele schon vor ihrer Berufsausbildung, aber manche auch erst danach in Regionen, in denen ihre Arbeit besser bezahlt wird.*

*Zweitens haben Unternehmen in Ostdeutschland in den vergangenen Jahren in der Ausbildung ihres eigenen Nachwuchses Versäumnisse zugelassen. Berufsvorbereitende Lehrgänge und Klagen über ungenügende Bildungsergebnisse allgemeinbildender Schulen waren willkommene Ausflüchte, um Haupt- und Regelschüler nach Schulabschluss ins Abseits zu stellen, und das mitunter solange, bis junge Menschen in der Region zur Mangelware wurden.*

*Drittens ist bekannt, welche Hindernisse die Bundesrepublik für eine barrierefreie und freundliche Integration von Migranten in das Berufsleben aufgebaut hat. Im Ausland erworbene Berufs- und Studienabschlüsse werden allzu oft nicht anerkannt. Die qualifikationsgerechte Arbeit ausländischer Fachkräfte wird damit behindert.*

*Wegzug von Menschen aus Thüringen und damit verbundener „Fachkräftemangel“ sind also nicht schicksalhaft. Sie können verhindert werden.*

– G.Rooke / K. Walther –

## Wir wollen nie mehr Opfer sein!

Das sind die Worte des Oberrichters Prof. England bei der Diskussion mit den Teilnehmern der ND-Bildungsreise durch Israel und die Palästinensischen Autonomie-Gebiete. Denn Israel ist die Antwort der Juden auf den Hass der Europäer. Leider wird dieser Konflikt auf dem Rücken der Palästinenser ausgetragen. Aber die Zeit arbeitet gegen Israel! Israel war Nutznießer des kalten Krieges. Die Weltmacht Sowjetunion existiert nicht mehr und der jetzige Konkurrent für die USA ist China. Und für China ist der nahe Osten ohne Bedeutung, Chinas Schwerpunkt ist Afrika. Auf die amerikanischen Juden kann sich Israel nicht mehr verlassen, sie sind zuerst USA-Bürger und

sehen sich als amerikanische Juden. Israel hat nur eine Möglichkeit um zu bestehen. Das sind die Zusammenarbeit und der Frieden mit den Arabern. Israel ist Weltspitze bei der Wasserwirtschaft. Es nutzt 80% Abwasser als Brauchwasser. Israel hat Jordanien diese Technologie verkauft und heute kann Jordanien Lebensmittel selbst exportieren. Die Gründung des Staates Palästina ist ein weiterer Schritt. Die Diskussionen mit Vertretern vom Ministerium für Strategische Angelegenheiten, bei Soldaten an der libanesischen Grenze oder mit dem Sprecher der Israelischen Armee an der Grenze zum Gaza-Streifen haben mir gezeigt, dass Israel Kämpfe an allen Fronten

in Zukunft nicht mehr gewährleisten kann. Der Gegner wird immer besser bewaffnet und die junge Generation ist nicht mehr bereit, ihr Leben für Israels Führung zu opfern. Das Leben steht heute in Israel an erster Stelle. Im israelischen Fernsehen habe ich die Begeisterung von Studenten gesehen, als Obama über den Frieden gesprochen hat. Es gibt in Israel auch engagierte Bürgerinnen und Bürger, welche konkrete Projekte für die Zusammenarbeit mit den Palästinensern unternehmen. Beim Besuch im Kibbutz „Lochamei Hagetaot“ oder in der Kunstgalerie „Um El Fahem“ haben wir uns davon überzeugt, leider werden diese Bemühungen vom israelischen Staat nicht unterstützt. Auch die Gespräche mit Vertretern der PLO in Ramallah haben gezeigt, dass sie um einen Frieden mit Israel bemüht sind. Ein Besuch auf der Baustelle der neuen Stadt Rawabi ist ein weiterer Beweis dafür. Wer eine neue Stadt baut, will doch keinen Krieg, sondern Frieden. Unverständlich war für mich, dass unsere hochmotivierten Reiseleiter, der Israeli Uriel und der Palästinenser Kamal, nicht die Möglichkeit hatten, uns jeweils in das andere Gebiet begleiten zu können. Leider hatten die UNDOF-Truppen an den Golanhöhen wegen Überlastung keine Zeit für uns. Und auch ein Besuch und ein Gespräch in der Knesset, dem israelischen Parlament, war wegen des Obama-Besuchs nicht möglich. Nach dieser erlebnis- und erkenntnisreichen Reise verstehe ich die Worte von Claude J. G. Montefiore (1858–1938) erst richtig: "Schalom - der Friede, der allein versöhnt und stärkt, der uns beruhigt und unser Geschichtsbild aufhellt, uns von Unrast und von der Knechtung durch unbefriedigte Gelüste frei macht, uns das Bewusstsein des Erreichten gibt, das Bewusstsein der Dauer, inmitten unserer eigenen Vergänglichkeit und der aller Äußerlichkeiten."

– STANISLAV SEDLACIK –

### Erinnerung an AntifaschistInnen in Heinrichs



Im April des Jahres 1945 sollte ein wunderschöner Frühling werden. Doch unter dem Donnergrollen der nahenden Befreier wütete noch immer die Mordmaschine der Nazis. Gottlieb Hess, Ernst König und Erhardt Schübel gehörten zu den Opfern der Gestapo und der SS-Banditen am Ende des 2. Weltkrieges. Zu ihrem Andenken hatten sich Suhler Antifaschisten sowie der Sohn Ehrhard Schübels Hans mit seiner Frau Magda am 5. April dieses Jahres auf dem Heinrichser Friedhof versammelt. Jochen Traut rief aus diesem Anlass die Anwesenden zum Kampf für ein „NIE WIEDER“ getreu dem Buchenwald-Schwur auf. Er verurteilte die laufenden Prozesse gegen Antifaschisten unserer Tage und forderte mehr Gespräche mit der Jugend über die faschistischen Verbrechen.

Gerhard Rooke und Heiko Sadlo hatten die Gedenkstätte in einem Arbeitseinsatz bei Wind und Wetter am Ende des langen Winters wieder in einen würdigen Zustand versetzt. (Text und Foto: KhW)

### Wir gedenken der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg in der Suhler Region

Mai 2013

Adolf Werner

Suhl

30. Todestag

– TVVN / BdA - DS –

## Die linke Miet- und Wohnungspolitik – sozial und alternativ

Die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat ihre zentralen Forderungen und Vorschläge zum Wohnen und Mieten noch einmal gebündelt und ruft zu einer neuen gesellschaftlichen Offensive für bezahlbares Wohnen, für das verbrieft Recht jedes Menschen auf angemessenen, Teilhabe sichernden Wohnraum in einem sozial gestaltetem Umfeld auf.

Verdrängung von sozial schwachen Mietern, Mietpreisexplosion und fehlender bezahlbarer Wohnraum sind nicht plötzlich über uns gekommen, sondern Folge einer verfehlten Wohnungspolitik. Noch immer werden Wohnungen vor allem als Renditeobjekt betrachtet. Der Markt alleine kann das Problem fehlender Sozialwohnungen aber nicht lösen.

Schon heute fehlen in Deutschland mindestens 4 Millionen Sozialwohnungen. Bis 2017, so der Mieterbund, wird der Fehlbedarf um weitere 825.000 steigen. Das Mietrecht, die Regelungen zum Wohngeld und der Bundeszuschuss zum sozialen Wohnungsbau müssen so ausgestaltet werden, dass am Ende ein bedarfsgerechter Anteil von Sozialwohnungen mit Mietpreisbindung und ein Stopp der Mietpreisspirale stehen.

1. Im Kern brauchen wir einen neuen sozialen, gemeinnützigen Wohnungsbau als Alternative zum bisher privat dominierten und renditeorientierten Wohnungsmarkt. Die Förder-

mittel dafür sollen dauerhaft spürbar erhöht und nicht am privaten Kapitalmarkt refinanziert werden. Privatinvestoren, die öffentliche Förderung in Anspruch nehmen, sollen zum anteiligen Bau von Sozialwohnungen verpflichtet werden. Die Mietpreisbindung muss unbefristet sein. Mindestens 150.000 Mietwohnungen mit Sozialbindung müssen jährlich entstehen.

2. Der Soziale Wohnungsbau muss mit den Ländern und Kommunen zu einem starken öffentlichen und genossenschaftlichen Sektor der Wohnungswirtschaft weiterentwickelt werden. Dazu gehören auch wohnungswirtschaftliche Eigenbetriebe.

3. Das setzt voraus, dass die Privatisierung öffentlicher Wohnungen sofort gestoppt wird. Die Kommunen müssen zur Rekommunalisierung und zu Investitionen in die Wohnungswirtschaft finanziell in die Lage versetzt werden, die Wohnungsversorgung als soziale Pflichtaufgabe zu realisieren.

4. Um die galoppierende Entwicklung der Mieten und der Wohnnebenkosten zu stoppen, sind dringend Sofortmaßnahmen zu finanziellen Entlastung der Mieterinnen und Mieter und zum Schutz der Mieterrechte nötig. Das Mietrechtsänderungsgesetz muss vom Tisch.

5. Die Nettokaltmiete in bestehenden Mietverhältnissen darf ohne maßgebliche Wohnwertverbesserung nur im Rahmen des Inflationsausgleiches erhöht werden.

6. Mieterhöhungen allein wegen Neuvermietung sind unzulässig.

7. Der Mietspiegel muss auf Grundlage aller Bestandsmieten – nicht nur der Neuvermietungen der letzten vier Jahre – erstellt werden.

8. Die Spekulation mit Wohnungen muss verhindert werden. Steuerfreiheit muss unbefristet abgeschafft, eine Haltefrist eingeführt werden. Maklerprovisionen sind grundsätzlich vom Auftraggeber zu tragen.

9. Modernisierungsumlagen müssen sich am Nutzen für die Mieterinnen und Mieter (z. B. bei Nebenkostenersparnis durch energetische Sanierung) orientieren. Die Umlage ist auf fünf Prozent zu begrenzen und nach der Abschreibungsfrist zurück zu nehmen.

10. Das Ziel der Wohnungspolitik muss darin bestehen, dass Haushalte für angemessenen Wohnraum nicht mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für Wohnkosten – also Miete, Betriebskosten, Strom – aufwenden müssen, wenn ihr Einkommen unterhalb des bundesdurchschnittlichen Haushaltseinkommens liegt.

**D**a hat also der BND fast drei Millionen fremde Nachrichten mitgelesen und mitgehört – meine, deine, unsere, euere... Die Geheimdienste interessiert das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis offenbar einen großen Dreck – um nicht noch deutlicher zu werden. Also sind meine E-Mails nicht mehr sicher vor neugierigen Blicken irgendwelcher staatlicher Spitzelstielaugen. Sieh da, „Horch und Guck“ existiert 2013 noch immer, wenn auch mit Bundesadlervorzeichen.

Taucht in meiner Korrespondenz unter vielen privaten Abkürzungen als SMS oder am Computer etwa der Begriff „BND“ auf – schon rasseln die

geheimen Computer los. Dabei ist das für meine Freunde die Abkürzung für „Bin Nicht Da – bitte am Wochenende anrufen“. Warum da nur der Staatsschutz vor einiger Zeit an meiner Wohnungstür klingelte, um Adressen meiner ausländischen Freunde zu erfahren, ist mir ein Rätsel.

Per PC wäre das doch viel einfacher gegangen. Und taucht in meinen Briefen an männliche Bekannte etwa das Wort „Liebe“ auf, könnten diese eifrig mitlesenden Geheimnisräumer zu ganz kuriosen Schlüssen kommen. Oder sie vermuten bei solch einem Stichwort ein Liebesverhältnis meiner-

seits mit der Kanzlerin unter einer Deckadresse. Das wäre für mich noch fataler, was sollten da meine linken Freunde von mir denken, wenn das herauskommt? Ein Trost: Im Zella-Mehliser Postamt scheint noch keine neue Postzensurstelle zu existieren, da wohnen ja inzwischen Privatleute.

Ach, ja – was mir dabei gerade einfällt: Wenn in diesem Lande ständig Millionen Menschen durchleuchtet und abgehört werden, könnten sich Ärzte und Kliniken eigentlich das Röntgen, das Lungenabhorchen und vielleicht auch sogar manches Nierenso-nogramm sparen. Warum

sollten die Geheimdienste das nicht gleich mit übernehmen? Dieser Ratschlag ist natürlich unentgeltlich für die bundeseigenen „Horch-und-Gucks“, denn die kosten uns gerade schon genug Millionen aus der Steuerkasse.

Auf alle Fälle haben wir endlich die von vielen Leuten und Parteien so oft geforderte Transparenz im Lande, jedenfalls, was den transparenten Bürger angeht – transparent bis zum Zehennagel. Was mich angeht, hatte ich mir allerdings die Transparenz in der deutschen Politik etwas anders vorgestellt. Aber wann geht es bei uns schon um die Illusionen kleiner Leute?

### Horch und Guck 2013

# LINKER NACHWUCHS. ['solid] suhl

## – jung und linksaktiv

Seit dem 23.3.2013 hat der Linke Nachwuchs nun endlich seinen Jugendraum in der Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE. Nun können wir jugendgerecht und effektiv arbeiten. Ob Filmabende mit themenbezogenen Diskussionen, politischer Vernetzung oder die Planung von Aktionen – all dies steht jetzt wöchentlich auf dem Plan der LiNas.

Nachdem wir uns mit einigen Bildern an „Ich bin linksextrem – Eine Kampagne gegen den Extremismusquatsch“ beteiligt haben geht es als nächstes in die heiße Phase zu den Vorbereitungen des 1.Mai, damit wir

die Suhler Bürgerinnen zum Internationalen Arbeiterkampftag auf die Problematiken zu fairer Arbeit und einem gesetzlichen Mindestlohn mit einer tollen Aktion hinweisen können.

Aber auch nach dem 1. Mai werden wir in Suhl unsere Themen und unsere Überzeugungen vertreten. Für gute Bildung, faire Arbeit, internationalen Frieden; gegen die Bundeswehr in Schulen, den Kapitalismus an sich und jede Form von Rassismus und Faschismus.

Wir freuen uns auf ein interessantes politisches Jahr!

– JOHANNES HÄFKE –



### Politik ist scheiße...

wenn DU nicht mitmachst!

Also komm zu einem unserer Treffen und bring dich ein!

**LINKER NACHWUCHS.**  
['solid] suhl

Termine und weitere Infos:

[www.tinyurl.com/bww97wc](http://www.tinyurl.com/bww97wc)



### 04. Mai: Mitgliederversammlung des Stadtverbandes

Di	30.04.	17.30 Uhr	Stadtvorstand mit BO-Vorsitzenden
Mi	01.05.	09.30 Uhr	Kundgebung der LINKEN auf dem Markt
Mi	01.05.	ab 10.00 Uhr	Veranstaltung des DGB mit SPD und DIE LINKE, Unterer Markt
Mi	01.05.	ab 12.00 Uhr	Maifeier an der Geschäftsstelle DIE LINKE Suhl (s. S.1)
Do	02.05.	15.00 Uhr	„Subbotnik“ am Sowjetischen Ehrenmal
Fr	03.05.	18.00 Uhr	Lesung im Gedenken an die Bücherverbrennungen 1933, Freizeit-Jugendtreff
Sa	04.05.	09.00 Uhr	Mitgliederversammlung des Stadtverbandes, Hotel Thüringen
So	05.05.	13.00 Uhr	Marktfest mit Gregor Gysi in Hildburghausen
Mo	06.05.	09.30 Uhr	Regionalberatung SHL, HBN, SM-MGN, Geschäftsstelle
Mo	06.06.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung DIE LINKE, Geschäftsstelle
Mi	08.05.	14.00 Uhr	Geburtstagsrunde, Geschäftsstelle (siehe: Anzeige)
Mi	08.05.	16.00 Uhr	Gedenken am sowj. Ehrenmal zum Tag der Befreiung,
Mo	13.05.	16.00 Uhr	Koordinierung Suhl, SV,WKB, Fraktion, Hildburghausen
Mo	13.05.	18.00 Uhr	Fraktionssitzung vor Stadtrat, Neues Rathaus
Di	14.05.	18.00 Uhr	BO-Versammlung Südost, Friedbergsiedlung
Mi	15.05.	17.00 Uhr	Stadtvorstand, Geschäftsstelle
Mi	15.05.	18.30 Uhr	Vorbereitung Antifaschistischer Ratschlag, IGM
Do	16.05.	17.00 Uhr	Live aus dem Landtag mit Ina Leukefeld, Insel
Fr	17.05.	09.30 Uhr	Arbeitslosenfrühstück, Geschäftsstelle
Do	23.05.		Talk im Türmchen, CCS – Türmchen
Di	28.05.	19.00 Uhr	Linker Treff „Die Wohnungspolitik der Linken und ihre Umsetzung in Suhl“, Geschäftsstelle
Mi	29.05.	19.00 Uhr	Unternehmerstammtisch mit Ina Leukefeld
	30.05 - 02.06.		Antifa - Fahrt nach Bremen

Aus dem Geleit von Jens Petermann zur Jugendweihe 2013:

„Wollt ihr die Freiheit,  
so seid keine Knechte.  
Wollt ihr das Gute,  
so schaffet das Rechte.  
Wollt ihr die Ernte,  
so sichert die Saat.  
Wollt ihr das Leben,  
so leistet die Tat.“

– ERICH MÜHSAM –

Auch die Schriften von Erich Mühsam verbrannten die Nazi 1933 auf dem Scheiterhaufen.

### LIVE aus dem Landtag

mit Ina Leukefeld

Do., 16. Mai 2013, 17.00 Uhr  
im Familienzentrum „Insel“

Thema

„Frauen- Gleichstellungs- und Familienpolitik“

zu Gast:

Frau Helena Eisner,  
Vorsitzende des Landesfrauenrates Thüringen und die TeilnehmerInnen am Frauenstammtisch

### LINKER TREFF

Di., 28. Mai 2013, 19.00 Uhr  
Geschäftsstelle DIE LINKE

Die Suhler Linke will das zu einem der wichtigsten Themen im Bundestagswahlkampf gestalten:  
„Die Miet- und Wohnungspolitik der Partei DIE LINKE – sozial und realistisch“

### Geburtstagskinder willkommen!

Alle Genossinnen, Genossen und Sympathisanten, die im April Geburtstag hatten, laden wir herzlich zur Geburtstagsrunde am **08. Mai 2013, 14.00 Uhr** in die Rüssenstr. 19 ein.

Wir bitten Euch, lasst uns nicht allein, unsere Vorbereitungen sollen ja nicht umsonst sein. Auf anregende Gespräche freuen sich **Brigitte und Hella**

**Spruch des Monats:** „Wir leben in einem gefährlichen Zeitalter. Der Mensch beherrscht die Natur, bevor er gelernt hat, sich selbst zu beherrschen.“ (JOHANN GOTTFRIED SEUME)